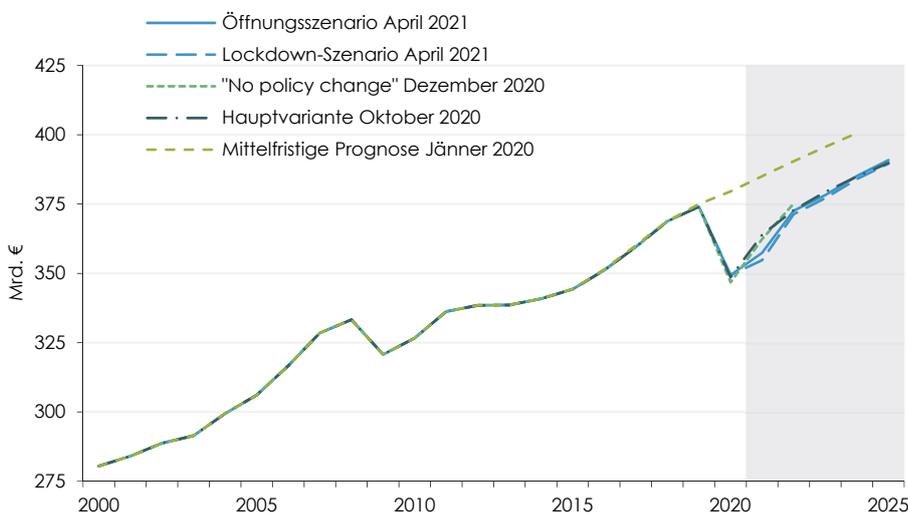


Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021 bis 2025

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski

- Aufgrund der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie entwirft auch die mittelfristige WIFO-Prognose zwei Szenarien: Öffnungsszenario und Lockdown-Szenario.
- Unterschiede zwischen den beiden Szenarien bestehen vor allem in der kurzfristigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung, mittelfristig konvergieren sie merklich.
- Im Falle der Staatsfinanzen weisen die beiden Szenarien auch noch mittelfristig markante Unterschiede auf.
- Das durchschnittliche jährliche Trendwachstum beträgt im Prognosezeitraum 1,1%.
- Die Arbeitslosen- und die Sparquote werden erst 2025 wieder das jeweilige Vorkrisenniveau erreichen.
- Der jährliche Preisauftrieb bleibt weiterhin unter dem Zielwert der EZB von 2%.

Szenarien der mittelfristigen WIFO-Prognose zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



"Im Vergleich mit der vor Beginn der COVID-19-Krise erstellten WIFO-Prognose vom Jänner 2020 beträgt die BIP-Lücke im Jahr 2021 über 8% und verringert sich bis 2024 auf 4%."

Durch die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Eindämmungsmaßnahmen verzeichnete Österreich 2020 die schwerste Rezession seit der Nachkriegszeit. Nach dem drastischen Einbruch der Wirtschaftsleistung um knapp 6,6% erwartet das WIFO erst für 2022 eine deutliche Erholung. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt wird die Krise noch länger spürbar sein (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen).

Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021 bis 2025

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski

Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021 bis 2025

Die österreichische Wirtschaft dürfte sich im Nachklang der COVID-19-Pandemie 2022 und 2023 deutlich erholen und in der Folge bis 2025 moderat wachsen. Der Aufschwung wird von einer Erholung der Weltwirtschaft getragen, unterstützt durch umfangreiche fiskalpolitische Maßnahmen sowie die fortschreitende Durchimpfung der Bevölkerung. Prognosen bleiben aufgrund der aktuellen epidemiologischen Lage unsicher. Um dieser Unsicherheit Rechnung zu tragen, wurden in der WIFO-Konjunkturprognose für 2021 und 2022 zwei Szenarien (Öffnungs- und Lockdown-Szenario) dargestellt, die in der vorliegenden mittelfristigen Prognose bis 2025 fortgeschrieben werden. Für die meisten Kennzahlen konvergieren die beiden Szenarien bis zum Ende der Prognoseperiode. Im Öffnungsszenario wächst das BIP 2021 um 2¼% und 2022 um 4¼% (1½% bzw. 4¾% im Lockdown-Szenario). Bis 2025 schwächt sich das Wirtschaftswachstum in beiden Szenarien auf 1,5% ab. Die Investitionstätigkeit profitiert 2021 und 2022 von Vorzieheffekten, die von der Investitionsprämie ausgelöst werden, verliert aber in den Folgejahren aufgrund von damit in Beziehung stehenden Echoeffekten an Schwung. Die durch die COVID-19-Krise deutlich angestiegene Arbeitslosenquote dürfte erst 2025 wieder das Vorkrisenniveau von 7,5% erreichen. Das Budgetdefizit beträgt im Öffnungsszenario 2021 7,1% und sinkt bis 2025 auf 2,5% (Lockdown-Szenario 2021: 7,7%, 2025: 2,8%). Die Staatsschuldenquote betrug 2020 84% und wird bis 2025 auf voraussichtlich rund 86% ansteigen (88% im Lockdown-Szenario, +15,5 bzw. +17,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorkrisenniveau von 2019).

Update of the Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2021 to 2025

The Austrian economy is expected to recover significantly in 2022 and 2023 in the aftermath of the COVID-19 pandemic. Subsequently, it is expected to grow moderately until 2025. The recovery will be driven by the rebound of the global economy, supported by comprehensive fiscal policy measures as well as the progressing vaccination coverage of the population. Predictions remain uncertain due to the current epidemiological situation. To account for this uncertainty, two scenarios (opening and lockdown scenario) were presented in the WIFO short-term economic outlook for 2021 and 2022. In the present medium-term forecast, these scenarios are projected until 2025. For most key figures, the two scenarios will converge by the end of the forecast period. In the opening scenario, GDP grows by 2¼ percent in 2021 and by 4¼ percent in 2022 (1½ percent and 4¾ percent respectively in the lockdown scenario). By 2025, economic growth weakens to 1.5 percent in both scenarios. Investment activity benefits in 2021 and 2022 from frontloading effects driven by the investment premium but loses momentum in the subsequent years due to linked echo effects. The unemployment rate rose significantly in the wake of the COVID-19 crisis and is not expected to return to its pre-crisis level (7.5 percent) until 2025. The budget deficit amounts to 7.1 percent in the opening scenario in 2021 and falls to 2.5 percent by 2025 (lockdown scenario 2021: 7.7 percent, 2025: 2.8 percent). The government debt-to-GDP ratio stood at 84 percent in 2020 and is projected to increase to around 86 percent by 2025 (88 percent in the lockdown scenario; +15.5 and +17.5 percentage points, respectively, compared to the 2019 pre-crisis level).

JEL-Codes: E32, E37, E66 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich, COVID-19

Der vorliegende Beitrag stellt die Aktualisierung der mittelfristigen WIFO-Prognose 2021/2025 für die österreichische Wirtschaft vom Oktober 2020 (Baumgartner et al., 2020) dar. Er baut bis zum Jahr 2022 auf der kurzfristigen Konjunkturprognose des WIFO vom März 2021 auf (Ederer, 2021, in diesem Heft). Informationen, die bis zum 24. März 2021 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Nach dem 24. März 2021 veröffentlichte Daten, wie z. B. die von Statistik Austria veröffentlichten Informationen zum Staats- und Haushaltskonto (1. April 2021), konnten in die vorliegende Prognose nicht mehr aufgenommen werden. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner – Breuss – Kaniovski, 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Begutachtung: Christoph Badelt, Hans Pitlik, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 27. 4. 2021

Kontakt: Mag. Dr. Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at)

1. Überblick und grundlegende Annahmen

Für den **Prognosezeitraum 2021/2025** wird nach dem Abklingen der COVID-19-Krise

eine – teilweise kräftige – Erholung der internationalen Konjunktur erwartet, von der

auch die österreichische Wirtschaft profitieren wird. Diese Erholung wird in erster Linie von den USA und China ausgehen. In Europa und in Österreich ist sie 2021 dagegen noch vergleichsweise schwach, da in der EU erst ab dem Sommer mit einer weitreichenden Durchimpfung der Bevölkerung und einer dauerhaften Eindämmung des Infektionsgeschehens gerechnet wird, die eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft erst ermöglicht.

Um der Unsicherheit über die weitere Entwicklung Rechnung zu tragen, wurden in der **kurzfristigen Konjunkturprognose** für die Jahre **2021 und 2022** zwei Szenarien dargestellt (Ederer, 2021, in diesem Heft): Im **Öffnungsszenario** werden keine weiteren, die Wirtschaftstätigkeit einschränkenden Maßnahmen ergriffen und bestehende Einschränkungen im Laufe des Frühjahrs aufgehoben. Damit kommt die Wirtschaft bereits im II. Quartal 2021 wieder in Schwung, wodurch für 2021 ein BIP-Wachstum von 2¼% und für 2022 von 4¼% erwartet wird. Das **Lockdown-Szenario** geht dagegen von einer erneuten vierwöchigen Schließung des Handels und der personennahen Dienstleistungen im II. Quartal 2021 aus. Dadurch verzögert sich die Erholung (2021 +1½%) und fällt 2022 entsprechend stärker aus (+4¼%).

2. Internationale Rahmenbedingungen

Die **Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft** sind in **beiden Szenarien identisch**. Sie basieren auf einer durch das WIFO angepassten Variante der Weltprognose 2021/2025 von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario, Februar 2021; Übersicht 1, Abbildung 1).

Die COVID-19-Pandemie führte 2020 zur schwersten weltweiten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Nach einem drastischen Einbruch in der ersten Jahreshälfte setzte im 2. Halbjahr 2020 eine **deutliche Erholung der Weltwirtschaft** ein, die von **China** und den **USA getragen** wurde. In China erreichte die Wirtschaftsleistung bereits Ende 2020 wieder das Vorkrisenniveau; 2021 dürfte sie um fast 8½% und in den Folgejahren um rund 5% p. a. wachsen. Die Wirtschaft der USA profitiert von einem umfangreichen Impfprogramm – Ende März 2021 hatten bereits knapp 41% der Bevölkerung

¹⁾ Die WIFO-Prognosen berücksichtigen im Allgemeinen nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen. In bestimmten Fällen werden auch noch nicht formal beschlossene Maßnahmen einbezogen. Das ist etwa dann der Fall, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzgebungsprozess bereits weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint) und zur betreffenden Regelung zugleich hinreichend

Die **mittelfristige Prognose** schreibt diese **beiden Szenarien** für die Jahre **2023 bis 2025** fort, wobei sich die Szenarien bis zum Ende der Prognoseperiode für die meisten Variablen **stark annähern**. So rechnen beide Szenarien für 2025 mit einem BIP-Wachstum von +1½%. **Wesentliche Unterschiede** in der mittleren Frist betreffen den öffentlichen Sektor: Das **Budgetdefizit** ist im Lockdown-Szenario durchgehend um 0,3 Prozentpunkte des nominellen BIP p. a. höher; dementsprechend ergibt sich für 2025 eine um 2 Prozentpunkte höhere **Staatsschuld** als im Öffnungsszenario.

Beide Szenarien rechnen für die österreichische Wirtschaft im Prognosezeitraum mit einem Wachstum des **Trendoutputs** von durchschnittlich **1,1%** p. a.

Unter der den WIFO-Prognosen zugrunde liegenden "No-Policy-Change"-Annahme¹⁾ ergibt sich im **Öffnungsszenario** ein **Rückgang des Budgetdefizits** von **8,9% 2020 auf 2,5%** im Jahr **2025** (bzw. **2,8% Lockdown-Szenario**). Der Rückgang der **Staatsschuld** von **87,4%** (bzw. **88,6%**) im Jahr **2021** auf **86%** (**88%**) des nominellen BIP bis zum **Ende der Prognoseperiode** entsteht durch das stärkere nominelle BIP-Wachstum; in absoluten Zahlen dürfte die Staatsschuld im Jahr 2025 um 110 Mrd. € (117 Mrd. €) bzw. 39% (42%) höher sein als vor der Krise.

der USA zumindest eine Erstimpfung gegen COVID-19 erhalten (Zweitimpfung: rund 27%) – und einem weiterhin stark expansiven Kurs in der Geld- und Fiskalpolitik. Die Maßnahmen des "American Rescue"-Plan stützen mit zusätzlichen 1,9 Bio. \$ die privaten Haushaltseinkommen und den Konsum. Für 2021 wird für die USA ein Wachstum von 6% erwartet, die Wachstumsdynamik dürfte sich aber in der Folge von 3% (2022) auf 1,8% (2025) abschwächen²⁾.

Für **Europa** sind sowohl die aktuelle Lage als auch die Aussichten gedämpfter: Eine weitgehende Durchimpfung der Bevölkerung in der Europäischen Union wird erst im Sommer erwartet. Im Vergleich zu den Konjunkturpaketen in den USA sind in Europa auch die fiskalischen Maßnahmen weniger umfangreich³⁾. 2021 und 2022 dürfte das reale BIP im Euro-Raum jeweils um etwa 4% wachsen,

detaillierte Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

²⁾ Das in den USA derzeit diskutierte Infrastrukturprogramm wurde in der vorliegenden Prognose noch nicht berücksichtigt.

³⁾ Zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung war die Informationsgrundlage zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit der EU noch unzureichend. Sie konnte daher nicht berücksichtigt werden.

China und die USA werden mittelfristig das Wachstum der Weltwirtschaft antreiben. Davon wird auch die österreichische Exportwirtschaft profitieren.

bevor sich die Dynamik bis 2025 auf 1½% abkühlt.

Rund 80% der österreichischen Exporte gehen in die EU, die USA und nach China. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt in dieser Ländergruppe – gewichtet mit den heimischen Exportanteilen – bis 2022 um rund 4% p. a. und schwächt sich in der Folge auf rund 2¼% p. a. ab.

Nach dem krisenbedingten Einbruch des **Erdölpreises** im März bzw. April 2020 und der dadurch verursachten deutlichen Reduktion der Fördermengen durch die OPEC+-Län-

der, stieg der Rohölpreis seit Mai 2021 merklich an. Im Jahresdurchschnitt 2020 kostete Rohöl der Marke Brent 41,7 \$ je Barrel. Die Annahmen zur künftigen Entwicklung des Rohölpreises basieren auf den mittelfristigen Markterwartungen, wie sie die Futures-Notierungen für die Rohölsorte Brent bis 2025 wiedergeben. Für das Jahr 2021 wird ein Ölpreis von 63 \$ erwartet, der bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 54½ \$ sinken dürfte.

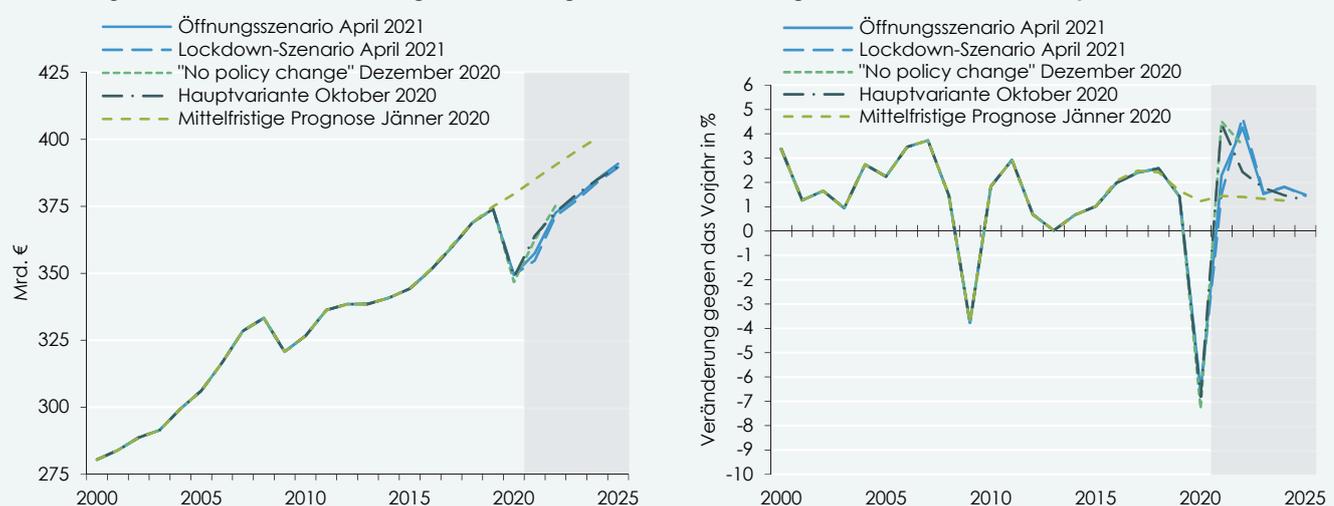
Für den **Wechselkurs** des Dollars gegenüber dem Euro wird bis 2025 ein leichter Anstieg auf 1,28 \$ je Euro unterstellt.

Übersicht 1: Internationale Konjunktur

	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Euro-Raum	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,7	- 6,6	+ 3,9	+ 4,3	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,5	
MOEL 5 ¹⁾	+ 2,4	+ 2,4	+ 3,0	- 3,9	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,3	
USA	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,9	- 3,5	+ 6,0	+ 3,0	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,8	
Schweiz	+ 1,8	+ 0,9	+ 2,4	- 2,9	+ 2,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,5	
China	+ 7,9	+ 5,8	+ 5,6	+ 2,3	+ 8,4	+ 5,2	+ 4,8	+ 4,7	+ 4,7	
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,9	- 5,2	+ 4,1	+ 4,0	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,8	
Annahmen zur Prognose										
Erdölpreis, Brent	\$ je Barrel	97	55	58	42	63	59	57	55	55
Wechselkurs	\$ je €	1,29	1,14	1,24	1,14	1,20	1,20	1,24	1,26	1,28
Internationale Zinssätze										
Dreimonatsszinssatz	in %	0,5	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,0	0,1	0,4
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,5	0,0	0,1	- 0,5	- 0,5	- 0,4	± 0,0	0,5	0,9

Q: WIFO-Berechnungen. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – 2) Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Abbildung 1: Szenarien der mittelfristigen WIFO-Prognose zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Seit der mittelfristigen Prognose vom Oktober 2020 beschloss die **EZB**, ihre Anleihekäufe im Rahmen des Pandemie-Nottfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) um 500 Mrd. € auf insgesamt 1.850 Mrd. € zu erhöhen (siehe

Pekanov, 2021, in diesem Heft). Die Ankäufe werden weiterhin flexibel über verschiedene Anlageklassen und Länder des Euro-Raumes hinweg durchgeführt, um der Entstehung von Zinsunterschieden zwischen den Euro-Ländern entgegenzuwirken, die durch den

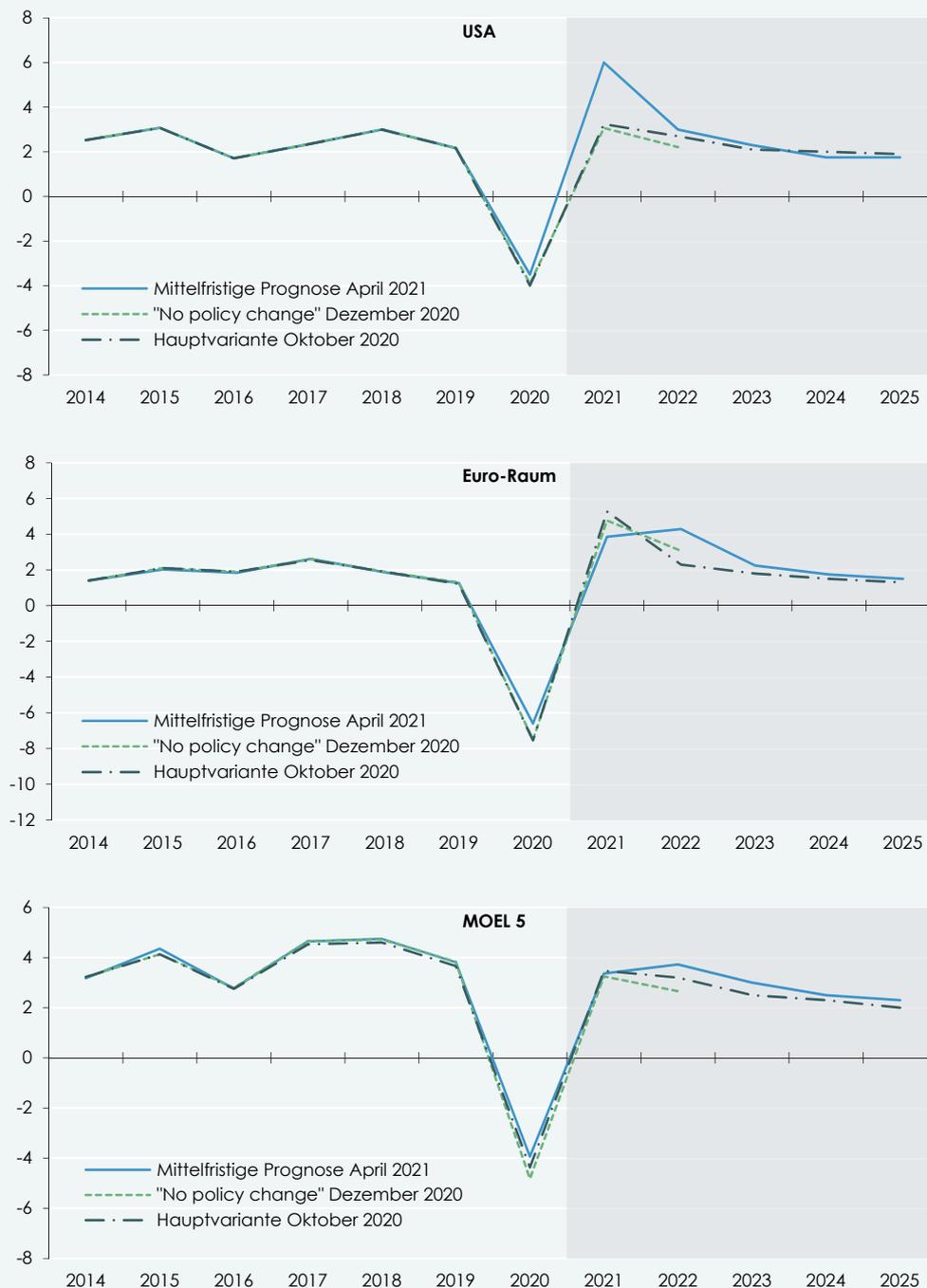
Marktdruck befördert werden könnte. Zudem wurde die Laufzeit des PEPP um ein Jahr bis März 2022 verlängert. Weiters

werden Kapitalrückzahlungen aus abreifenden Wertpapieren um ein Jahr länger, also bis mindestens Ende 2023, reinvestiert.

Die EZB behält ihren expansiven geldpolitischen Kurs über den gesamten Prognosezeitraum bei. 2025 liegt die Sekundärmarktrendite für 10-jährige deutsche Bundesanleihen knapp unter 1%.

Abbildung 2: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in drei wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen; Oxford Economics; IWF, World Economic Outlook. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Die EZB tätigt daneben im Rahmen des Programmes zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) weiterhin Nettoankäufe im Umfang von 20 Mrd. € pro Monat und ermöglicht Banken

im Euro-Raum über gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III – Targeted Longer-Term Refinancing Operations; Laufzeit zwei Jahre) weiterhin eine günstige Refinanzierung.

Vor diesem Hintergrund wird die Prognose der **kurz- und langfristigen Marktzinssätze** leicht angepasst: Für das Jahr 2021 wird ein Dreimonatsszinssatz im Euro-Raum von $-1/2\%$

angenommen, der bis 2025 auf $0,4\%$ steigt. Die Sekundärmarktrendite für deutsche 10-jährige Bundesanleihen dürfte von $-1/2\%$ 2021 auf $0,9\%$ im Jahr 2025 ansteigen.

3. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

Aufbauend auf den beiden Szenarien der kurzfristigen Konjunkturprognose (Ederer, 2021, in diesem Heft) und auf Grundlage der Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 2) sowie zur Fiskalpolitik im Inland (Kapitel 3.4) legt die vorliegende mittel-

fristige Prognose ebenfalls zwei Varianten vor (Übersichten 2 bis 5). Die Prognoseergebnisse ähneln einander in vielen Punkten; auf nennenswerte Abweichungen zwischen den beiden Szenarien wird jeweils hingewiesen.

Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Öffnungsszenario

	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,1	+ 0,3	+ 2,3	- 6,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5
Nominell	+ 3,1	+ 1,8	+ 3,9	- 5,5	+ 3,5	+ 6,1	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,2
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
BIP-Deflator	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,9	- 1,8	+ 2,1	+ 3,9	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,0	+ 0,4	- 0,1	- 0,8	- 0,9	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,3	- 2,3	+ 1,2	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	- 2,0	+ 1,1	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,2	5,3	4,7	5,4	5,0	4,8	4,7	4,5	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	8,5	8,2	9,9	9,2	8,4	8,1	7,8	7,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,1	3,5	3,7	3,8	2,8	3,6	3,9	4,1	4,1
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,1	- 2,1	- 3,9	- 8,9	- 7,1	- 3,7	- 3,2	- 2,8	- 2,5
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,7	- 2,2	- 3,5	- 6,4	- 5,3	- 3,5	- 3,1	- 2,8	- 2,5
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,6	- 2,2	- 3,5	- 6,2	- 5,1	- 3,3	- 3,1	- 3,1	- 3,0
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,1	- 2,2	- 3,5	- 6,4	- 5,3	- 3,5	- 3,1	- 2,8	- 2,5
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,0	- 2,2	- 3,5	- 6,2	- 5,1	- 3,3	- 3,1	- 3,1	- 3,0
Staatsschuld	82,9	77,9	86,3	83,8	87,4	85,8	86,3	86,2	86,0
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	7,6	9,3	9,8	15,1	12,4	10,2	9,2	8,8	8,5
	Veränderung in % p. a.								
Trendoutput, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
WIFO-Methode ⁷⁾	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1
	In % des Trendoutputs								
Outputlücke, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 0,7	+ 0,2	- 0,7	- 4,4	- 3,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	± 0,0
WIFO-Methode ⁷⁾	- 0,9	+ 0,2	- 0,6	- 4,8	- 3,6	- 0,6	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 2) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 3) Beschäftigungsverhältnisse. – 4) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 6) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2021, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2020. – 7) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2021 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Übersicht 3: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Lockdown-Szenario

	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,1	+ 0,3	+ 2,2	- 6,6	+ 1,5	+ 4,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,5
Nominell	+ 3,1	+ 1,8	+ 3,8	- 5,5	+ 2,7	+ 6,5	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,1
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
BIP-Deflator	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾ Pro Kopf, real ²⁾	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,8	- 1,8	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,8
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,3	- 2,3	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	- 2,0	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,2	5,3	4,7	5,4	5,1	4,8	4,6	4,5	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	8,5	8,2	9,9	9,3	8,5	8,1	7,8	7,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag									
	3,1	3,5	3,7	3,8	2,8	3,6	3,9	4,1	4,1
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition									
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 2,1	- 2,1	- 4,2	- 8,9	- 7,7	- 4,0	- 3,4	- 3,1	- 2,8
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,7	- 2,3	- 3,7	- 6,5	- 5,6	- 3,9	- 3,4	- 3,0	- 2,8
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,6	- 2,3	- 3,9	- 6,3	- 5,3	- 3,6	- 3,4	- 3,5	- 3,4
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,1	- 2,3	- 3,7	- 6,5	- 5,6	- 3,9	- 3,4	- 3,0	- 2,8
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,0	- 2,3	- 3,9	- 6,3	- 5,3	- 3,6	- 3,4	- 3,5	- 3,4
Staatsschuld									
	82,9	77,9	87,7	83,8	88,6	86,8	87,6	87,7	87,9
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte									
	7,6	9,3	10,4	15,1	13,4	10,9	9,7	9,2	8,9
	Veränderung in % p. a.								
Trendoutput, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2
WIFO-Methode ⁷⁾	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
	In % des Trendoutputs								
Outputlücke, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 0,7	+ 0,3	- 0,8	- 4,2	- 3,6	- 0,2	- 0,1	- 0,1	± 0,0
WIFO-Methode ⁷⁾	- 0,9	+ 0,3	- 0,6	- 4,6	- 4,1	- 0,6	- 0,0	+ 0,8	+ 1,1

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2021. Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2020. – ⁷⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2021 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

3.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Die internationale Konjunktur gewinnt bis 2022 durch den Rebound-Effekt nach dem Ende der Krise und durch konjunkturbelebende Maßnahmen deutlich an Schwung. In den Folgejahren schwächt sich die Dynamik in Richtung des Trendoutput-Wachstums ab. Bedingt durch die Erholung der Handelspartner nehmen die österreichischen Warenexporte bereits 2021 wieder Fahrt auf. Die Reiseverkehrsexporte bleiben jedoch in der ersten Jahreshälfte 2021 auf sehr geringem

Niveau, zum einen aufgrund geschlossener Beherbergungsbetriebe, zum anderen durch internationale Reiseverkehrsbeschränkungen⁴⁾. Insgesamt nehmen daher die Gesamtexporte im Jahr 2021 um lediglich 2,8% zu (Öffnungsszenario). Im Lockdown-Szenario ist der Zuwachs mit +2,3% noch geringer, da in dieser Variante die Einschränkungen länger aufrecht bleiben. 2022 ist der Rebound-Effekt im Fall der Reiseverkehrsexporte mit 7,2% deutlich stärker (+7,8% im Lockdown-Szenario durch den kräftigeren Basiseffekt). Im Zeitraum 2023 bis 2025 geht

⁴⁾ Dazu gehören Quarantänepflichten, sowohl bei der Einreise nach Österreich, als auch in den für den österreichischen Tourismus wichtigsten Herkunftsländern bei der Wiedereinreise nach einem Auslandsaufenthalt.

ländern bei der Wiedereinreise nach einem Auslandsaufenthalt.

das Exportwachstum nur geringfügig von rund 5% auf 4¼% jährlich zurück.

Für die Importe zeigt sich ein ähnliches Muster, da im 1. Halbjahr 2021 Auslandsreisen aufgrund der gesundheitspolitischen Einschränkungen kaum möglich sein werden. Der **Außenbeitrag** verbessert sich über den Prognosezeitraum von knapp 3% auf 4%; im Durchschnitt beträgt sein Wachstumsbeitrag ¼ Prozentpunkt p. a.

Trotz umfangreicher einkommensstabilisierender Maßnahmen, zu denen u. a. die Kurzarbeitsbeihilfe, der Härtefallfonds, Einmalzahlungen für Arbeitslose und Familien und eine Einkommensteuersenkung zählen, brach der **private Konsum** im Jahr 2020 dramatisch ein (-9,6%). Zugleich kam es auf-

grund von Zwangs- und Vorsichtssparen zu einem – für eine Rezession untypischen – starken Anstieg der Sparquote auf 14,5% (laut Statistik Austria). Auch im 1. Halbjahr 2021 werden die Konsummöglichkeiten weiterhin durch gesundheitspolitische Maßnahmen eingeschränkt. Der private Konsum wächst daher 2021 nur verhalten (+2½% bzw. +1,1% im Lockdown-Szenario). Erst für 2022 wird mit der Überwindung bzw. der weitgehenden Eindämmung der COVID-19-Pandemie ein deutlicher Aufholeffekt erwartet (+4% bzw. +4,6%). 2023 wird das Wachstum des privaten Konsums voraussichtlich das Vorkrisenniveau erreichen (+2,6% bzw. +2,7%) und sich mit dem Abklingen der Konjunktur bis 2025 auf 1,6% abschwächen. Die Sparquote dürfte das Vorkrisenniveau erst 2025 wieder erreichen.

Übersicht 4: Komponenten der realen Nachfrage – Öffnungsszenario

	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,5	- 0,9	+ 2,5	- 9,6	+ 2,4	+ 4,0	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,6
Staat	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,8	- 4,9	+ 4,0	+ 4,0	- 1,7	+ 1,0	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,6	+ 3,0	+ 1,6	- 6,2	+ 5,3	+ 5,7	- 4,8	+ 0,2	+ 1,7
Bauten	+ 0,7	+ 1,3	+ 2,0	- 3,3	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 0,3	+ 2,2	- 6,4	+ 2,8	+ 3,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,6
Exporte	+ 2,8	+ 1,0	+ 4,7	- 10,4	+ 2,8	+ 7,2	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,2
Importe	+ 2,8	+ 1,1	+ 4,7	- 10,2	+ 3,9	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,4	+ 4,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 0,3	+ 2,3	- 6,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Übersicht 5: Komponenten der realen Nachfrage – Lockdown-Szenario

	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,5	- 0,9	+ 2,4	- 9,6	+ 1,1	+ 4,6	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,6
Staat	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,7	- 4,9	+ 3,5	+ 4,4	- 1,7	+ 0,9	+ 1,6
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,6	+ 3,0	+ 1,5	- 6,2	+ 4,5	+ 6,6	- 4,8	+ 0,1	+ 1,5
Bauten	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,9	- 3,3	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 0,3	+ 2,1	- 6,4	+ 2,1	+ 3,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,5
Exporte	+ 2,8	+ 1,0	+ 4,7	- 10,4	+ 2,3	+ 7,8	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,3
Importe	+ 2,8	+ 1,1	+ 4,7	- 10,2	+ 3,5	+ 6,5	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 0,3	+ 2,2	- 6,6	+ 1,5	+ 4,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Die Sparquote dürfte erst 2025 wieder auf das Vorkrisenniveau zurückgehen.

Die **Investitionstätigkeit** wird in den Jahren 2021 und 2022 durch die Investitionsprämie positiv beeinflusst. Zusätzliche (ohne die Prämie nicht getätigte) und vorgezogene (eigentlich erst für spätere Jahre geplante) private Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) werden

deutlich zunehmen und bis 2022 um mehr als 5% p. a. wachsen. Im Lockdown-Szenario betragen die Wachstumsraten 2021 4,5% und 2022 6,6%, was der verzögerten Erholung bzw. dem stärkeren Rebound-Effekt geschuldet ist. Durch das Vorziehen der Investitionen ist in den Folgejahren eine Abschwä-

chung der Investitionstätigkeit zu erwarten. Für 2023 wird daher mit einem Rückgang und für 2024 mit einer Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen gerechnet. Erst 2025 normalisiert sich die Investitionstätigkeit wieder.

Auf Grundlage der dargestellten Entwicklung der Nachfragekomponenten wird für die Gesamtwirtschaft in den Jahren **2021 und 2022** mit einem **BIP-Wachstum** von **2¼%** bzw. **4¼%** gerechnet (1½% bzw. 4¾% im Lockdown-Szenario). Im Gleichklang mit der Konjunkturentwicklung der wichtigsten Handelspartner schwächt sich das heimische **BIP-Wachstum bis zum Ende des Prognosezeitraumes** auf **1,5%** ab. Das nur mäßige Wachstum im Jahr 2023 (+1½%) geht auf das Abflauen der Investitionstätigkeit zurück. Auf das **Trendwachstum** in der Periode **2021/2025** dürfte sich die COVID-19-Krise nicht mehr auswirken. Mit **1,1% p. a.** ist es leicht höher als in der vorherigen Fünfjahresperiode.

3.2 Arbeitsmarkt

Die COVID-19-Krise führte 2020 zu einem Beschäftigungseinbruch um 2% und einem drastischen Anstieg der Arbeitslosenquote auf knapp 10%. Durch den Totalausfall der touristischen Wintersaison und andere Auswirkungen der behördlichen Maßnahmen ist die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsnachfrage im 1. Halbjahr 2021 noch verhalten. Mit dem Anziehen der Wirtschaftsleistung im Jahresverlauf 2021 sollte auch die Arbeitsnachfrage zunehmen. Durch das Auslaufen der Kurzarbeit ist jedoch zugleich ein Anstieg der Stundenproduktivität zu erwarten. Für das Gesamtjahr 2021 dürfte daher der **Beschäftigungsanstieg** mit rund 1% bescheiden bleiben. Das kräftige BIP-Wachstum von 4¼% (4¾% im Lockdown-Szenario) sollte sich 2022 in einem deutlicheren Beschäftigungsanstieg niederschlagen (+2¼%). Ab 2023 fällt er durch das Abklingen der Rebound-Effekte geringer aus (2023/2025 rund +1% p. a.).

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft ab 2022 um durchschnittlich 0,2% pro Jahr. Das **Arbeitskräfteangebot** dürfte in diesem Zeitraum um durchschnittlich 0,8% pro Jahr wachsen (+31.500 Personen p. a.). Das resultiert zum einen aus der weiteren Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren (u. a. durch die schrittweise Anhebung des Frauenpensionsalters ab 2024) und zum anderen aus einem Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung steigt dadurch auf knapp 25% im Jahr 2025.

⁵⁾ In Österreich wurde die Mehrwertsteuer ebenfalls gesenkt, jedoch nur für Produkte und Dienstleistungen in besonders von der COVID-19-Pandemie betroffenen Wirtschaftszweigen. Dadurch sollten die Liquidität

Obwohl für 2021 ein Rückgang um knapp 7% (Lockdown-Szenario 6%) prognostiziert wird, ist die Zahl der Arbeitslosen um mehr als ein Viertel höher als 2019. Einschließlich der Personen in Schulungen dürfte die Arbeitslosigkeit 2021 nur um 2,1% (1,5%) sinken; da dem AMS im Zuge der Corona-Arbeitsstiftung zusätzlich 700 Mio. € für Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung stehen, nimmt die Schulungstätigkeit zu, wodurch mehr Personen länger in Schulung verweilen. Die Arbeitslosenquote laut AMS wird nach dem Anstieg auf 9,9% im Jahr 2020 bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 7½% sinken und damit wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Im Zeitraum 2021/2025 beträgt sie durchschnittlich 8¼% (laut AMS) bzw. 4,7% (laut Eurostat).

3.3 Inflation und Löhne

Der starke Einbruch der Energiepreise (siehe Kapitel 2) dämpfte 2020 den Preisauftrieb (1,4% laut VPI). Der daraus resultierende negative Inflationsbeitrag der Mineralölprodukte wird sich nur noch im I. Quartal 2021 auswirken. Durch den markanten Anstieg des Rohölpreises tragen die Energiepreise ab dem II. Quartal spürbar zur Inflation bei. Der Anstieg der **Inflationsrate** auf **1,8%** im Jahr **2021** ist daher vor allem auf den Bereich Energie zurückzuführen. Zusätzlich treiben höhere Transportkosten und steigende Vorproduktpreise (z. B. bei Microchips) die Preise industrieller Güter.

Die **Reallöhne** werden 2021 und 2022 rezessionsbedingt sinken. Aufgrund der weiterhin angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt dürften die Reallohnzuwächse (0,2% p. a. bzw. 0% im Lockdown-Szenario) auch in den Folgejahren niedrig ausfallen und deutlich hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität (2023/2025 +0,6% p. a.) zurückbleiben. Von den heimischen Arbeitskosten wird somit kein Inflationsauftrieb erwartet.

Für den Zeitraum **2021/2025** wird mit einem **Preisanstieg gemäß VPI von durchschnittlich 1,7% pro Jahr** gerechnet. **Laut BIP-Deflator** dürfte der Anstieg im Durchschnitt **1,6% pro Jahr** betragen.

Durch die temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze in Deutschland vergrößerte sich 2020 der **Inflationsabstand Österreichs** zum Durchschnitt des Euro-Raumes bzw. zu **Deutschland** erneut merklich (rund +1 Prozentpunkt; III. Quartal 2020 +1,7 Prozentpunkte⁵⁾). Durch das Auslaufen der Mehrwertsteuersenkung mit Jahresbeginn 2021, eine Erhöhung der Ökostromgebühren und eine Neugewichtung des HVPI stiegen in Deutschland die Preise im I. Quartal 2021

und Solvenz dieser Unternehmen gestärkt werden. Preisreduktionen waren dagegen weder intendiert, noch sind sie in der Preisstatistik zu beobachten. Die reduzierten Mehrwertsteuersätze gelten bis Ende 2021.

Die Investitionsprämie führt zu Vorzieheffekten, wodurch sich die private Investitionstätigkeit auf die Jahre 2021 und 2022 konzentriert und sich in den Folgejahren abschwächt.

Trotz eines Rebound-Effektes 2022 und einer weiteren Erholung der Wirtschaftstätigkeit in den Folgejahren dürfte die Arbeitslosenquote erst 2025 wieder das Vorkrisenniveau erreichen.

Der bereits große positive Inflationsabstand zu Deutschland und zum Durchschnitt des Euro-Raumes nahm im 2. Halbjahr 2020 infolge der Mehrwertsteuersenkung in Deutschland nochmals beträchtlich zu.

deutlich an, wodurch sich der Inflationsabstand zu Österreich beträchtlich reduzierte. Bis Jahresende 2021 werden für Deutschland in einzelnen Monaten höhere Inflationsraten als in Österreich erwartet. Ab 2022 dürften sich die genannten Faktoren nicht mehr auswirken; der Inflationsabstand zu Deutschland wird daher wieder zunehmen, aber deutlich geringer sein als 2020. Der Grund, warum die Inflationsrate in Österreich seit Jahren über jener in Deutschland liegt, ist der stärkere Preisauftrieb im heimischen Dienstleistungsbereich.

3.4 Öffentlicher Sektor

Im Jahr 2020 verabschiedete die österreichische Bundesregierung umfangreiche, defizitfinanzierte Maßnahmenpakete zur Abfederung der sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Krise und zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung. Instrumente wie Kurzarbeitshilfen, Kredithaftungen, Steuerherabsetzungen und -stundungen, Transferzahlungen, Investitionsprämien und öffentliche Investitionen sollen die betroffenen Unternehmen und privaten Haushalte unmittelbar unterstützen, kurzfristige wirtschaftliche Impulse setzen und zur Erreichung längerfristiger struktureller Ziele (Digitalisierung und Ökologisierung) beitragen. Durch den drastischen Einbruch der Wirtschaftsleistung und die budgetwirksamen Maßnahmen zur Unterstützung und Konjunkturbelebung stieg 2020 das Defizit des Gesamtstaates – nach einem leichten Überschuss 2019 – auf knapp 9% des nominellen BIP.

Da der Großteil der beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen nur vorübergehend zu erhöhten Ausgaben bzw. Einnahmehinfallen führt, geht mit dem Abklingen der Krise ab 2022 eine Verringerung der Neuverschuldung einher.

Nach dem starken Einbruch des Steueraufkommens im Jahr 2020 unterstellt die Schätzung der Einnahmehinfallendynamik der Lohn-, Körperschaft- und Verbrauchsteuern eine allmähliche Annäherung an die Zusammenhänge (Elastizitäten) vor der COVID-19-Krise. Insgesamt erwartet das WIFO im Jahr 2021 einen **Anstieg der gesamtstaatlichen Einnahmen** (gemäß ESVG 2010) um 3,5% (3,0% im Lockdown-Szenario) und im Jahr 2022 um **5,3%** auf rund **199 Mrd. €**. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes wird mit einem durchschnittlichen Einnahmehinwuchs von 3,3% p. a. gerechnet. Die prognostizierte Einnahmenquote sinkt von 48,4% des BIP (2021) auf 48,1% (2025).

Die Budgetwirkung der umfangreichen Hilfspakete auf der **Ausgabenseite** hängt vor allem von der administrativen Umsetzung sowie von der Inanspruchnahme und Ausschöpfung durch die Betroffenen ab. Die **Investitionsprämie** wurde sehr gut angenommen. In der vorliegenden Prognose wurde

dafür ein Ausgabenvolumen von rund 6,5 Mrd. € angesetzt, wovon rund 5 Mrd. € in den Jahren 2021 und 2022 wirksam werden sollten. Als weitere Zusatzausgaben fallen die Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der neu eingerichteten Corona-Arbeitsstiftung (0,7 Mrd. €) und die überdurchschnittliche Pensionsanpassung 2021 an.

Für den Staatshaushalt besonders relevant sind die in der VGR als Subventionen verbuchten **Kurzarbeitsbeihilfen**. Sie tragen in vielen Unternehmen zur Aufrechterhaltung von Beschäftigungsverhältnissen bei und stützen damit die Einkommen der privaten Haushalte. Die Prognose unterstellt für 2021 2,1 Mrd. € (2,9 Mrd. € im Lockdown-Szenario) an Zuschüssen für die Kurzarbeit. Zugleich werden dadurch die Lohnsteuer- und Sozialbeiträgeinnahmen stabilisiert. Die Budgeteffekte **des Fixkostenzuschusses** lassen sich nur schwer abschätzen, weil Anträge bis August 2021 gestellt werden können und die bisherigen, geringen Auszahlungen keine Rückschlüsse auf die tatsächlichen Kosten zulassen. Für 2021 wurden Ausgaben von 2,7 Mrd. € (3 Mrd. € im Lockdown-Szenario) angenommen.

Alles in allem sind die prognostizierten Staatsausgaben 2021 etwas höher als am Höhepunkt der COVID-19-Krise. Aufgrund des Auslaufens zahlreicher temporärer Maßnahmen sollten **2022 die Staatsausgaben** um 1,2% (1,5% im Lockdown-Szenario) **sinken**. Für die Periode **2023 bis 2025** wird ein durchschnittliches **Ausgabenwachstum von 2½% p. a.** unterstellt. Die Staatsausgabenquote, die 2020 mit 57,7% des BIP ihren Höchststand erreichte, wird diesen Annahmen zufolge bis 2025 auf rund 51% sinken.

Im **Öffnungsszenario** wird für 2021 noch ein Budgetdefizit von 7,1% des BIP erwartet, das 2022 auf 3,7% zurückgeht. Bis 2025 wird die staatliche Finanzierungslücke auf 2,5% sinken. Im **Lockdown-Szenario**, das einen stärkeren wirtschaftlichen Einbruch im Jahr 2021 unterstellt, bleiben die Unterstützungsleistungen länger aufrecht, wodurch das Defizit 2021 7,7% des BIP beträgt. Im Zeitraum 2022 bis 2025 ist das Budgetdefizit im Lockdown-Szenario jeweils um ¼ Prozentpunkt höher als im Öffnungsszenario.

Die **Staatsschuld** wird von 84% des BIP (2020) bis zum Ende des Prognosezeitraumes 2025 auf rund 86% (Lockdown-Szenario 88%) ansteigen. Sie wird damit auch fünf Jahre nach Beginn der COVID-19-Krise um fast 15,5 Prozentpunkte (17,5 Prozentpunkte) höher sein als im Vorkrisenjahr 2019 (70,5% des BIP).

Vor dem Hintergrund der in der Prognose unterstellten moderaten Zinsentwicklung und der Langfristigkeit der begebenen Staatsanleihen bleibt die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte dennoch vorerst niedrig. Wenngleich das Risiko einer Verschlechterung

Die COVID-19-Krise führt zu Einnahmehinfällen und zu Mehrausgaben für fiskalpolitische Maßnahmen. Der Finanzierungssaldo des Staates weist über den gesamten Prognosezeitraum ein Defizit aus.

zung der Finanzierungsbedingungen derzeit gering erscheint, sollte das Ziel einer mittelfristigen Konsolidierung des Staatshaushaltes nicht aus den Augen verloren werden, um

die notwendigen budgetären Spielräume für die Bewältigung anderer Herausforderungen (Klimawandel, demographische Alterung) zu schaffen.

4. Prognoserisiken

Die COVID-19-Pandemie bleibt ein bedeutendes Risiko für die weitere Wirtschaftsentwicklung. Verzögerungen in der Durchimpfung der Bevölkerung und/oder neue Virusmutationen bergen die Gefahr weiterer Infektionswellen und somit erneuter gesundheitspolitischer Einschränkungen, die das Wirtschaftsleben beeinträchtigen. Solange in den Schwellen- und Entwicklungsländern keine ausreichende Durchimpfung erreicht ist, wird diese Gefahr nicht gebannt sein. Es ist daher im Interesse der reicheren Industrieländer, die Impfkampagnen ärmerer Länder zu unterstützen.

Daneben gehen von den internationalen Rahmenbedingungen zusätzliche Abwärtsrisiken aus:

- Eine weitere **Ausweitung protektionistischer Maßnahmen** im Handelskonflikt zwischen den USA und China, aber auch mit der EU, und die zu erwartenden Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder bergen die Gefahr einer neuerlichen Eskalation des Handelsstreites, die negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft hätte. Aufgrund der stark verzweigten weltweiten Wertschöpfungsketten würden zusätzliche Behinderungen des Welthandels die Produktion in den einzelnen Ländern dämpfen und den Abwärtstrend der Konjunktur weiter verstärken. Andererseits könnte dadurch aber auch eine Rückverlagerung der Produktion ausgelöst werden, wodurch dieser Effekt schwächer ausfallen könnte.
- Schwelende **geopolitische Konflikte** im Nahen und Mittleren Osten sowie die Spannungen zwischen Russland und der EU bergen ein Risiko für die Versorgung mit Energierohstoffen und könnten einen Anstieg der Energiepreise und der Inflation verursachen. Darüber hinaus könnte eine Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten oder zwischen der Türkei und der EU die Migrationsströme nach Europa wieder verstärken.

Ein **Eintreten solcher Abwärtsrisiken** würde dazu führen, dass sich die **österreichischen Ausfuhren unmittelbar schlechter entwickeln** als in der Prognose unterstellt. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung und das Abgabenaufkommen in Österreich würden schwächer, die Staatsausgaben tendenziell höher ausfallen als angenommen.

Eine **stärkere Koordination der geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen** – zum einen

zwischen den wirtschaftspolitischen Akteuren innerhalb eines Landes bzw. Währungsraumes, und zum anderen zwischen verschiedenen Ländern bzw. Währungsräumen – würde die **Effektivität der wirtschaftspolitischen Maßnahmen deutlich steigern** (Galli, 2020).

Von der Weltwirtschaft gehen aber auch **Aufwärtsrisiken** aus:

- In der vorliegenden Prognose wurde das **im Kongress der USA bereits verhandelte Infrastrukturpaket** noch nicht berücksichtigt. Es würde das Wirtschaftswachstum in den USA ab 2022 noch zusätzlich beleben.
- Maßnahmen, die im Rahmen der **Aufbau- und Resilienzfazilität der EU** umgesetzt werden, wurden in der Prognose ebenfalls nicht berücksichtigt. Sie können die wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Handelspartner Österreichs stärken und die heimische Investitionstätigkeit durch Projektförderungen erhöhen.

Ein **Eintreten dieser Aufwärtsrisiken** würde sich positiv auf die Weltwirtschaft auswirken und die **Entwicklung der österreichischen Ausfuhren gegenüber der Prognose verbessern**. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung und das Abgabenaufkommen würden in diesem Fall höher, die Staatsausgaben tendenziell niedriger ausfallen als angenommen.

Als Folge des Brexit wird sich der Nettobeitrag Österreichs zum EU-Budget sehr wahrscheinlich erhöhen; über das genaue Ausmaß dieser Erhöhung wird derzeit noch verhandelt.

Der wirtschaftspolitische Pfad der Bundesregierung ist aktuell noch stark von der COVID-19-Krise bzw. vom Comeback-Plan geprägt. Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme wurden in der vorliegenden Prognose keine Hypothesen zu zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen formuliert, etwa in den Bereichen Klimaschutz, Steuersystem, Pflege, Pensionen, Bildung oder Finanzausgleich. Eine Umsetzung solcher Maßnahmen würde im Wesentlichen in zwei Richtungen wirken: Einerseits würden sie den Staatshaushalt weiter belasten. Zum anderen würden ausgabenseitige Maßnahmen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärken und so das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung erhöhen. Die Erneuerung des Kapitalstocks – durch mehr Investitionen als Folge

eines Aufschwungs und durch gezielte Investitionsförderungen – könnte mittelfristig die Kapitalproduktivität und das Wirtschafts-

wachstum erhöhen und den Übergang zu einer umweltverträglicheren Produktionsweise unterstützen.

5. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniowski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.

Baumgartner, J., Kaniowski, S., Glocker, Ch., Hyll, W., Pitlik, H., "COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten. Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(10), S. 731-753, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66558>.

Ederer, St., "Verzögerte Erholung bei erneutem Lockdown. Prognose für 2021 und 2022", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(4), S. 265-278, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67132>.

Gali, J., "The effects of a money-financed fiscal stimulus", Journal of Monetary Economics, 2020, 115, S. 1-9.

Pekanov, A., "Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(4), S. 309-320, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67136>.